

SEPTEMBER 2010



# GRÜNE ZEITEN

ZEITSCHRIFT FÜR GRÜNE POLITIK IN NIEDERSACHSEN



## CAMPO VERDE

GRÜNE REDEN ÜBER MORGEN. WACHSTUM WID GRÜN?!

KOMMUNALWAHL 2011



# TERMINE

- 11.09.2010 **Freiheit statt Angst!** Datenschutz-Demo in Berlin
- 17.09.2010 Energiepolitischer Kongress in Hannover
- 18.09.2010 **Atomkraft: Schluss jetzt!** Anti-Atom-Demo in Berlin
- 23.10.2010 Redaktionsschluss GRÜNE ZEITEN
- 30.10.2010 Kommunalpolitischer Kongress in Hildesheim
- November 2010 **Castor-Alarm** im Wendland
- 19.-21.11.2010 BDK mit Vorstandswahlen in Freiburg
- 10.12.2010 Nächste Ausgabe GRÜNE ZEITEN

# INHALT

- 03 **LANDESVORSTAND**  
Vielfalt Leben!
- 04 **CAMPO VERDE**  
Wachstum wird GRÜN?!
- 08 **GRÜNEJUGEND**  
Voll Aktiv
- 09 **LAG**  
Europa und Internationale Politik  
Häfen und Schifffahrt
- 10 **KOMMUNALES**  
Kommunalwahl 2011
- 12 **BUNDESTAG**  
Der Grüne Sanierungsplan
- 13 **KREIS- UND ORTSVERBÄNDE**  
Stade und Göttingen
- 14 **LANDTAGSFRAKTION**

## DER LANDESVORSTAND



Anja Piel **Landesvorsitzende**  
anja.piel@gruene-niedersachsen.de



Stefanie Henneke **Landesvorsitzende**  
stefanie.henneke@gruene-niedersachsen.de



Jan Haude **Landesschatzmeister**  
jan.haude@gruene-niedersachsen.de



Hahle Badrnejad-Hahn **stv. Landesvorsitzende**  
hahle.badrnejad-hahn@gruene-niedersachsen.de



Hanso Janßen **stv. Landesvorsitzender**  
hanso.janssen@gruene-niedersachsen.de

## DIE LANDESGESCHÄFTSTELLE



Gabi Kutsche **Geschäftsführung**  
geschaeftsfuehrung@gruene-niedersachsen.de



Jens Williges **Finanzen**  
finanzen@gruene-niedersachsen.de



Katja Sauer **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
presse@gruene-niedersachsen.de



Helmut Delle **Kommunalreferat**  
kommunales@gruene-niedersachsen.de



Renate Westphale **Organisation**  
landesverband@gruene-niedersachsen.de



Martin Köne **Organisation**  
landesverband@gruene-niedersachsen.de



Christian Gailus **GRÜNE JUGEND Niedersachsen**  
gjn@gruene-niedersachsen.de

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Niedersachsen  
Odeonstraße 4 · 30159 Hannover

Tel: 0511-12 60 85-0

Fax: 0511-12 60 85-85

[www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)

[landesverband@gruene-niedersachsen.de](mailto:landesverband@gruene-niedersachsen.de)

# VIelfALT LEBEN!

KAMPAGNE DES NIEDERSÄCHSISCHEN LANDESVORSTANDES Hahle Badrnejad-Hahn

■ Die Vielfalt in unserem Landesverband gezielt einsetzen und fördern – das möchte der Landesvorstand mit der „Vielfalt leben!“-Kampagne erreichen. Aber ist das tatsächlich nötig? Vielfalt, sprich die Akzeptanz der Bandbreite menschlicher Lebensentwürfe und Offenheit zum Beispiel gegenüber unterschiedlicher Herkunft oder sexueller Orientierung, war schon immer Kern Grüner Politik. In vielen Bereichen, in denen es um Vielfalt geht, sind und waren wir VorreiterInnen: Wir waren es, die den Begriff von Deutschland als Einwanderungsland durchgesetzt und die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare gestärkt haben, um nur zwei Beispiele zu nennen. Und wir sind sogar die erste Partei mit einem Parteivorsitzenden mit Migrationshintergrund – warum also noch eine Kampagne für mehr Vielfalt, könnte man sich fragen.

Bei genauerem Hinsehen fällt auf: Unsere eigene Mitgliedschaft repräsentiert durchaus noch nicht das, wofür unsere Politik steht. Von den Ortsverbänden bis zu den Bundesgremien sind Menschen beispielsweise mit Migrationshintergrund längst noch nicht angemessen vertreten, viele Kreis- und Ortsverbände beklagen die Überalterung ihrer Mitglieder oder einen zu geringen Frauenanteil. Hier wollen wir noch besser werden.

Es geht nicht nur um die Gewinnung neuer Mitglieder, sondern darum, wie wir uns hier grundsätzlich positionieren. Das hat auch die Auseinandersetzung

bei den Präsentationen der letzten beiden Wahlkampflinien gezeigt, bei der viele das Fehlen von Mehrsprachigkeit oder des Komplexes Migration/Integration beklagten.

Angesichts einer sich verändernden Gesellschaft ist dies in unserem ureigensten Interesse als Partei: Wir brauchen auf allen Ebenen eine stärkere politische Teilhabe von Menschen verschiedenster ethnisch-kultureller Prägungen. Dies ist nicht nur eine Frage der Legitimität, sondern zugleich entscheidend für unsere Fähigkeit, Probleme nicht nur zu benennen, sondern auch zu lösen: Nur so lassen sich die jeweils besten politischen Antworten finden und langfristig ein Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindern.

Nicht erst Wulffs Ernennung der Ministerin Özkan hat gezeigt: Auch in anderen Parteien wächst langsam ein Bewusstsein für die Notwendigkeit sich zu öffnen. Uns geht es aber statt bloßer Symbolpolitik darum, Vielfalt tatsächlich zu leben und zu gestalten – wir als GRÜNE sind VorreiterInnen und wollen dies bleiben.

Der niedersächsische Landesverband möchte dies innerhalb unserer Partei aktiv umsetzen. Das gilt natürlich auch und gerade mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen.

Deshalb macht der Landesvorstand gemeinsam mit der Diversity-Initiative den Kreisverbänden das Angebot, sie vor Ort

im Rahmen einer Kreismitgliederversammlung zu besuchen. Wir wollen gemeinsam mit euch konkrete Handlungsschritte zu gelebter Vielfalt in eurem Kreisverband erarbeiten. Eine zentrale Frage könnte so lauten: „Wo wollen wir mehr Fuß fassen und wie kommen wir dorthin?“ (z.B. mehr Frauen, höherer Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, bessere Altersmischung usw.). Dabei wollen wir den Kreisverband mit Ideen unterstützen, AnsprechpartnerInnen in die verschiedenen Communities vermitteln und anbieten, den Prozess zu mehr Vielfalt konstruktiv zu begleiten. Und natürlich geht es hier nicht um Patentrezepte: Für ländlich geprägte Kreisverbände können ein oder zwei hinzugewonnene Jugendliche ein großer Erfolg sein, für den großstädtischen ein besserer Zugang zu den lokalen MigrantInnenverbänden. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg!

Hahle Badrnejad-Hahn  
Stellvertretende Vorsitzende



# CAMPO VERDE

GRÜNE REDEN ÜBER MORGEN.



**„WACHSTUM WIRD GRÜN?!“** Im August lud der Landesvorstand zur Neuauflage von CAMPO VERDE, der zweiten Ideen- und Zukunftswerkstatt ein. Fern vom politischen Alltagsgeschäft haben rund 100 niedersächsische Grüne in drei verschiedenen Foren intensiv miteinander über Grüne Positionen zum Wachstum, nachhaltigen Formen des Wirtschaftens, die Rolle von nachhaltigen Lebensstilen sowie über globale Gerechtigkeit diskutiert.

■ Hochkarätige Inputs von **Henrike Wegener** (Umweltjuristin und Projektmanagerin bei der Deutschen Umwelthilfe), **Claudia Nemnich** (Mitarbeiterin an der Leuphana Universität Lüneburg am Institut für Umweltkommunikation), **apl. Prof. Dr. Niko Paech** (Vertreter des Lehrstuhls für Produktion und Umwelt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg), **Ernst Schreckenber** (Medienpädagoge), **Dr. Reinhard Loske** (Bremens Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa) sowie eine pointierte politische Analyse von **Jürgen Trittin** **MdB** bildeten den fachlich-professionellen Rahmen von CAMPO VERDE 2010. Aber die Expertisen und ExpertInnen standen nicht im Fokus, son-

dern die TeilnehmerInnen. Ganz bewusst war das Motto „Grüne reden über morgen“ gewählt worden, und die Basis tat genau das. 100 Grüne aus allen Ebenen der Partei gönnten sich den Luxus der Entschleunigung, um in Ostfriesland nachzudenken und zu debattieren. Denkverbote oder vermeintliche Zwänge existierten nicht. So wurde ein Wochenende lang in den Foren „Globale Gerechtigkeit“, „Wirtschaft“ und „Menschen“ diskutiert, gestritten, gelacht und gearbeitet. Ziel war es, die Programmatik der Grünen in Niedersachsen weiter zu entwickeln und aus der Basis heraus Schlagworte wie „Ökologischer Lebensstil“ mit Inhalt zu füllen. Gar nicht einfach, wenn

unterschiedliche persönliche Hintergründe aufeinander prallen. Aber sehr lebensnah, denn die Basis ist bunt und vielfältig – genau wie unsere WählerInnen. Wesentlich für den Erfolg und die vielen neuen Ideen war ganz sicher das entspannende Rahmenprogramm, das neben Rad- und Kanu fahren auch viel Raum für informelle Gespräche im Schatten alter Eichen – abends gerne bei einem Glas Wein – ließ. Es ist also kein Wunder, dass einige TeilnehmerInnen beim Mittagessen am Sonntag erzählten, dass sie sich mit CAMPO VERDE für die harte Arbeit vor Ort belohnen. Ein schöneres Lob kann es nicht geben, denn beim nächsten Mal wollen sie wieder dabei sein.



Tammo Lenger

KV Leer

Kreistagsfraktionsvorsitzender

# EINE UNVOLLSTÄNDIGE ZUSAMMENFASSUNG



Katja Sauer

Neben spannenden Grünen Zukunftsvisionen erarbeiteten die TeilnehmerInnen Grundlagen für künftige programmatische Festlegungen, die jetzt unter anderem in der Fraktion weiterdiskutiert und parallel dazu von der LAG Wirtschaft und Finanzen für die nächste LDK im Frühjahr vorbereitet werden sollen. Hier ein erster unvollständiger Überblick der Arbeitsergebnisse:

## 1 KONSENS

- Abkehr vom Begriff „qualitatives Wachstum“: Ein Schrumpfen in einigen Bereichen ist notwendig, andere jedoch müssen wachsen. Beispielsweise müssen Ressourcenverbrauch und Verkehrsaufkommen schrumpfen, doch der ökologisch-soziale Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft kann in einigen Bereichen auch zu Wachstum führen.
- Der individuelle CO<sub>2</sub>-Verbrauch muss drastisch reduziert werden (in Deutschland von derzeit 10,4 t/ Einw. auf 2,7 t/ Einw., um das „2-Grad-Ziel“ bis 2050 zu erreichen).
- Global wie national muss die soziale Spaltung überwunden werden.
- Mehr Lebensqualität und Zufriedenheit sind wichtige Größen.
- Die Einsicht, dies alles zu realisieren, muss sich „von unten“ entwickeln.

## WIRTSCHAFT

Im Forum WIRTSCHAFT ging es um **Motive der herrschenden Wachstumsphilosophie und nachhaltige Alternativen** wie beispielsweise **Transition Town Movements – nachhaltige Entwicklung vor Ort/ von unten**. Auch mit den Fragen **Wie funktioniert Wirtschaft ohne Wachstum, wie organisiert man den Schrumpfungsprozess?** beschäftigten sich die TeilnehmerInnen.

## 2 HANDLUNGSOPTIONEN

- Weiterentwicklung von Tools zur Einpreisung des Verbrauchs von Naturressourcen.
- Etablierung einer neuen Arbeitszeitverteilung.
- Orientierung der Wirtschaftspolitik zugunsten kleiner/mittlerer Unternehmen und Non-Profit-Unternehmen.
- Konkretisierungen zur Stärkung von regionalen Tauschsystemen komplementär zum bestehenden Finanzsystem.
- Durchsetzung von Öko- und Sozialstandards (im globalen Maßstab).

## 3 OFFENE FRAGEN

- Was darf wachsen und was soll schrumpfen, wo ist das Individuum gefragt und wo die Politik mit ordnungspolitischen Maßnahmen?
- Definition von Wachstum: Weg vom BIP, wäre ein weiterentwickelter Human Development Index die Alternative?
- Konkretisierung einer neuen Anerkennungskultur jenseits monetärer Belohnung, neuer Lebensmodelle und eines neuen Generationenvertrages.

## KOMMENTAR apl. Prof. Dr. Niko Paech



„Wir müssen in den Kommunen anfangen, denn das ist die Entscheidungs- und Politikebene, die uns räumlich am nächsten ist, wo wir am ehesten Mitbestimmung haben. Wir können unmittelbar Einfluss nehmen auf die Versorgung oder die Versorgungsstrukturen, von denen wir abhängig sind und mit denen wir uns umgeben. Und: Es gibt nichts Konkretes, ich kann auf diese Weise sozial- und bildungsniveauübergreifend Menschen motivieren. Und ich glaube sogar, dass das eine globale Bewegung sein kann, ohne dass wir uns globalisieren müssen – so eine Art Kettenreaktion. Wenn alle Städte weltweit sagen: Wir warten nicht – bezogen auf Deutschland – auf Brüssel, Berlin oder Hannover, sondern wir nehmen es hier in die Hand.“



## MENSCHEN

Im Forum MENSCHEN diskutierten die TeilnehmerInnen die Fragen **Wie können nachhaltige Lebensstile aussehen, wie sind sie zu realisieren?** Und **Welche Umwelt- und Klimaauswirkungen hat unser Konsumverhalten, können wir damit eine nachhaltige Entwicklung fördern?**

### 1 HANDLUNGSOPTIONEN

- Einführung einer Ampel, die die Ökobilanz eines Produktes anzeigt. Mehr Transparenz im Sinne der KundInnen-Information.
- Nachhaltigkeit als Thema in der Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen einführen.
- Nachhaltigkeit als Kriterium für die Vergabe öffentlicher Aufträge von Kommunen. Angabe der ökologischen Konsequenzen auf Anträgen, die in Räten verhandelt werden; Nachhaltigkeit als Handlungsprinzip von Kommunen einführen.
- Die Nutzung erneuerbarer Energien wie Solar, Geothermie oder Biomasse für alle Neubauten über die Bauleitplanung vorschreiben.
- Staatliche Förderung für energieeffizientes Bauen, damit entsprechende Investitionen sich auch wirtschaftlich rentieren.
- Orientierung der Wirtschaftsförderung am Kriterium der Nachhaltigkeit.

### 2 OFFENE FRAGEN

- Wie kann das Bewusstsein der Menschen verändert werden und wie kann ein Wertewandel aussehen?
- Wie können wir Suffizienz attraktiver machen, denn die Begründung „Sie führt zu mehr Lebensqualität“ scheint hierfür nicht auszureichen.
- Wie können die ökologischen Folgen des individuellen Konsumverhaltens unter Berücksichtigung des Datenschutzes bewertet werden („Ökoguthaben“)?

Der Landesverband bedankt sich an dieser Stelle nochmals bei den ModeratorInnen, die einen maßgeblichen Beitrag zum Gelingen von CAMPO VERDE und auch zur zeitnahen Dokumentation der Diskussionen in dieser Ausgabe der GRÜNE ZEITEN beigetragen haben. Die Impulsreferate und Arbeitsergebnisse findet ihr der Gruppe „CAMPO VERDE“ im mitgliederinternen Internetforum „Wurzelwerk“ unter [www.wurzelwerk.gruene.de](http://www.wurzelwerk.gruene.de).



**KOMMENTAR** Claudia Nernich

„Das Problem ist, dass es in der Bevölkerung schon so etwas wie ein Nachhaltigkeitsbewusstsein gibt, es schlägt sich jedoch noch nicht im Handeln nieder. Es gibt in der Politikberatung einen neuen Ansatz, um den Gedanken der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft zu verankern“:

#### 4-E-MODELL (NACH JACKSON)

Wie kann die Politik reagieren?

##### EXEMPLIFY

mit gutem Beispiel vorangehen

##### ENABLE

befähigen und ermöglichen

##### ENGAGE

engagieren und mobilisieren

##### ENCOURAGE

Anreize schaffen

Jürgen Trittin und Dr. Reinhard Loske



# Globale Gerechtigkeit

Die Arbeitsgruppen des Forums GLOBALE GERECHTIGKEIT setzten sich mit den Fragestellungen: *Wie stellen wir uns eine gerechte Verteilung vermeintlich endlicher Ressourcen wie Wasser und Nahrung, aber auch Energie vor? Wie und in welchen Bereichen müssen wir unsere Lebensweise ändern, um globaler Gerechtigkeit näher zu kommen? Kann es Globale Gerechtigkeit durch globale Regeln geben?* auseinander.

## 1 KONSENS

- Jedem Menschen auf der Erde steht derselbe Zugang zu Ressourcen und dieselben Verschmutzungsrechte zu.
- Die global gerechte Verteilung von Ressourcen erstreckt sich nicht nur auf Bodenschätze, Wasser und Energie, sondern auch auf Ressourcen wie Bildung, saubere Luft, Boden usw.
- Die Abwärtsspirale aus Billiglöhnen in Deutschland, Billigeinkäufen hier und daraus folgend Niedrigeinkünfte in den Herstellerländern muss durchbrochen werden.
- Wirtschaftliches Wachstum gemessen am BIP wird mittelfristig nicht mehr möglich sein.
- Globale Regeln sollten sich nicht primär an den Staaten, sondern an den Menschen orientieren. Sie können aber nicht alle Probleme, vor allem von Lebensstilfragen, lösen.

## 3 OFFENE FRAGEN

- Einführung individualisierter CO<sub>2</sub>-Konten, durch die der Pro-Kopf-Verbrauch bestimmt und u.U. auch begrenzt bzw. gesteuert wird. Ziel ist eine größtmögliche Transparenz über den CO<sub>2</sub>-Verbrauch in allen Produkten und Dienstleistungen unter Berücksichtigung des Datenschutzes.
- Wie können Alternativen zur gängigen Wohlstandsmessung per BIP und Wirtschaftswachstum aussehen?

## 2 HANDLUNGSOPTIONEN

- Einführung eines globalen Kontrollsystems (z.B. multilaterale Übereinkommen) zur Realisierung gerechter Preise. Einbeziehung der lokalen Bevölkerung, um eine gerechte Verteilung zu erreichen.
- Ressourcenverschwendung bei Produktion und Verbrauch in Industrienationen reduzieren. Zur Berücksichtigung des historischen Mehrverbrauchs der Industrieländer sollte man Entwicklungsländern Kompensationsleistungen gewähren.
- „Buy smart“ als Empfehlung für Kommunen.
- Global: Sicherung eines Einkommens, das die Grundbedürfnisse mind. der/des Einzelnen ohne völlige Selbstausbeutung sichert. Dazu muss sich die Einkommensschere weiter schließen und nicht weiter öffnen (Steuerliche Belastung der Reichen erhöhen).
- Einführung eines globalen Bürgerbegehrens für grenzüberschreitende Problemfelder.
- Globaler Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur (Verbesserung des Informationsstandes und Optimierung der Partizipationsmöglichkeiten in allen Teilen der Welt).
- Globale Patentregelungen, die insbesondere bei Effizienz- und Umwelttechnologien ein Ende des Patentschutzes schon nach kürzerer Zeit im Anschluss an die Etablierung eines Produktes vorsehen und so den Technologietransfer beschleunigen.



Antje Neuhaus, OV Berne, Gemeinderatsmitglied: Um neue Impulse und Ideen zu hören, habe ich mich spontan im Juli zu CAMPO VERDE angemeldet. Hier wurde vom Landesverband der Grünen Niedersachsen ein Raum

geboten, um gemeinsam mit Gleichgesinnten über die Zukunft von Wirtschaft, Lebensweisen und globale Gerechtigkeit in Workshops zu diskutieren. Der Impulsvortrag „Die neue Wachstumsfrage“ von Dr. Reinhard Loske am Freitag bot eine gute Diskussionsgrundlage. Wachstum und Bruttonsozialprodukt wurden durch Begriffe wie Suffizienz und Glücksindex abgelöst. Eine Filminstallation griff das Thema auf eine ganz spezielle, ungewöhnliche Weise auf.

Am Samstag wurde in drei Foren innerhalb von gut organisierten Kleingruppen diskutiert und philosophiert. In meinem Forum Wirtschaft fand ich den Einführungsvortrag von Prof. Dr. Niko Paech sehr informativ. Etwas schade fand ich es, dass wieder einmal die Aufgabe bestand, konkrete Handlungsideen zu entwickeln und häufig in bestehenden Denkstrukturen Lösungsansätze gesucht wurden. An dieser Stelle modifiziere ich eine Aussage Loskes um: „Okay, Bildung ist schon mal die Antwort und was ist die Frage?“

Trotz unterschiedlicher Referate und Themen stellte sich am Sonntag in kreativen Präsentationen heraus, dass eine große Homogenität in den Ergebnissen vorlag. Obwohl ich inhaltlich einen etwas anderen Schwerpunkt erwartet hatte, fand ich den aktiven und diskussionsfreudigen Aufenthalt in Potshausen 2010 gut und habe Vieles, das zum Weiterdenken anregt, und die Begegnung mit interessanten Menschen mitgenommen.



**KOMMENTAR** Henrike Wegener

■ Über den GREEN NEW DEAL können wir globale Gerechtigkeit nicht erreichen. Denn: Es geht, zwar um Grünes Wachstum, aber es geht hauptsächlich um Wachstum. Suffizienz ist meiner Ansicht nach die Lösung, und die schlägt sich im GREEN NEW DEAL nicht nieder. Wir müssen das vorherrschende Wirtschaftssystem umkrempeln. Ich habe auch nicht DIE Lösung für das WIE und WOHIN, aber es ist nötig.

# GJN - VOLL AKTIV!



v.unten.n.oben.:

Jan, Nele, Julian, Jil, Steffen, Lia, Maxi, Svenja

■ Bei unserem weiter anhaltenden Wachstum der Mitgliederzahl liegt der Arbeitsschwerpunkt der GJ Niedersachsen momentan bei der innerverbandlichen Bildungsarbeit. Wir möchten die neuen Mitglieder in unsere Strukturen integrieren und ihnen schnell Möglichkeiten bieten, sich selbst aktiv an den Prozessen in unserem Verband zu beteiligen.

Unser inhaltlicher Schwerpunkt bis zur Landesmitgliederversammlung ist die Politik im ländlichen Raum. Wir sind schon immer ein eher urban geprägter Verband gewesen. Daher müssen wir uns fragen: Was sind die Grundbedürfnisse junger Menschen, gerade auf dem Land? Was sind die speziell ländlichen Probleme? Wo liegen vielleicht auch Chancen im ländlichen Raum? Wo kann die GJ ansetzen und die Lebensrealität von Jugendlichen verbessern? Wir möchten in den nächsten Monaten gemeinsam nach Antworten suchen.

Mit diesen Erkenntnissen wollen wir uns dann auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr vorbereiten. Dazu gibt es ein eigenes Seminar der GJ, bei dem wir Kommunalpolitik von Grund auf erklären und dafür begeistern möchten. Es ist unser erklärtes Ziel, viele junge Menschen für die Mitarbeit in kommunalen Gremien zu gewinnen. Junge Perspektiven bieten große Chancen für die Ergebnisse kommunaler Tätigkeit. Die GJN möchte hier AnsprechpartnerIn und Vernetzungsmöglichkeit sein.

## NAZIS, NEIN DANKE!

Ein Thema, was nicht nur den ländlichen Raum beschäftigt, ist leider der grassierende Neofaschismus in Niedersachsen. Bad Nenndorf entwickelt sich zu einem festen Termin in rechtsradikalen Kreisen. In Tostedt etablieren Nazis mehr und mehr eine sogenannte „national-befreite

Zone“. Gemeinsam mit anderen Organisationen ist die GJN in Gegenbündnissen aktiv. Wir organisieren Infoveranstaltungen und auch Blockadetrainings, um unseren Protest friedlich auf die Straße zu tragen. Nur langfristige Strategien werden gegen Neofaschismus Erfolg haben, deshalb werden wir kontinuierlich an diesem Thema arbeiten.

## DEMOKRATIE JETZT!

Ein weiteres Thema, zu dem wir momentan sehr aktiv sind, ist das Versammlungsgesetz. Der von CDU und FDP gestaltete Entwurf ist überaus restriktiv und eine Schande für jedes demokratische System. Unseren Aufruf zur Demonstration gegen das Gesetz unterstützt mittlerweile ein breites Bündnis vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung über die Gewerkschaftsjugendlichen bis zu den Parteien. Dieses Bündnis hoffen wir zu etablieren und den Protest auszuweiten. Wir werden uns nicht den Mund verbieten lassen! Politischer Protest auf der Straße gehört zu den ständigen Aktivitäten der GJN, und wir werden uns dieses Mittel zur Meinungsäußerung nicht nehmen lassen. Hierbei sind wir auch über die Unterstützung der Grünen sehr glücklich.

Über diese Inhalte hinaus bemüht sich die GJN um eine stärkere Vernetzung mit landesweit politisch tätigen Organisationen der Jugendpolitik. Die auf uns zukommenden Ereignisse, wie beispielsweise die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, erfordern breite Bündnisse – in Politik und Zivilgesellschaft. Mit unserer Arbeit möchten wir darauf hinwirken, vorhandene Mehrheiten zu nutzen.

Wir freuen uns auf einen heißen Herbst mit euch!

**DIE GJN**

[www.gj-nds.de](http://www.gj-nds.de)



# LAG EUROPA UND INTERNATIONALE POLITIK

Nicolai Zipfel



Die LAG Europa und Internationale Politik befasst sich mit europapolitischen Themen, der Entwicklung der europäischen Union sowie mit Fragen internationaler Politik bis hin zur Entwicklungszusammenarbeit. Damit ist sie für drei BAGen zuständig: Frieden, Nord-Süd und Europa.

Ein wichtiges Thema ist die Außenpolitik und dabei vor allem auch die Frage von Krieg und Frieden. In diesem Zusammenhang haben wir uns auch intensiv mit Afghanistan beschäftigt. In der letzten Sitzung haben wir zum Beispiel einen ausführlichen Bericht von Katja Keul aus dem Kunduz-Untersuchungsausschuss erhalten und darüber diskutiert. Wir betrachten Themen insbesondere aus der europäischen Perspektive. So hatten wir beispielsweise eine gemeinsame Sit-

zung mit der LAG Schule zu Europaschulen und den Möglichkeiten der Schaffung einer europäischen Identität.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Migrationspolitik der EU und dabei vor allem die Grenzschutzagentur Frontex. Dazu hatten wir kürzlich eine ganztägige Veranstaltung mit Ska Keller aus dem Europaparlament.

Die weitere inhaltliche Planung unserer LAG werden wir im November bei einer zweitägigen Klausurtagung erarbeiten. Wir freuen uns über Interessierte bei unseren Treffen. Für Rückfragen könnt ihr euch gerne per Mail an uns wenden: [lag-europa@gruene-niedersachsen.de](mailto:lag-europa@gruene-niedersachsen.de). Ansprechpersonen sind Beate Oldewurtel und Nicolai Zipfel.

# LAG HÄFEN UND SCHIFFFAHRT

Peter Sokolowski



Die LAG Häfen und Schifffahrt hat sich im Frühjahr 2010 neu gegründet. Die niedersächsischen Häfen sind mit rund einem Viertel des deutschen Seehandels von grundlegender Bedeutung für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt von Niedersachsen und Deutschland. Fragen und Stichworte, die unsere Arbeit in Zukunft beschäftigen sollen, sind:

- Emissionen durch das Laufen von Schiffsmotoren und das Befüllen der Tanks von Schiffen,
- Emissionen durch das Verbrennen von stark umweltbelastenden Motortreibstoffen (z.B. Schweröl),
- Gewässerbelastungen durch Einleitungen und illegale Müllentsorgung,
- Umwelteingriffe und (Un-)Sinnhaftigkeit z.B. bei der Vertiefung von Elbe, Weser und Ems,
- Logistische Herausforderungen, die durch den Betrieb von Häfen entstehen (z.B. die Hinterlandanbindungen).

Großes übergeordnetes Thema ist die Frage nach einem vernünftigen, verantwortungsvollen und nationalen Hafenkonzept. Eine Zusammenarbeit mit anderen LAGen halten wir für unbedingt notwendig und wünschenswert. Wir treffen uns ca. 6 Mal im Jahr an verschiedenen Hafenstandorten in Niedersachsen und laden alle Interessierten herzlich ein bei uns mitzuarbeiten. Ansprechperson: Peter Sokolowski, [lag-haefen@gruene-niedersachsen.de](mailto:lag-haefen@gruene-niedersachsen.de)

**608.731** UNTERSCHRIFTEN  
FÜR GUTE SCHULEN



Im Sommer 2009 haben Eltern, Pädagogen und Erziehungswissenschaftler aus ganz Niedersachsen beschlossen, die Bildungspolitik im Land aktiv mit zu gestalten. Mit dem „Volksbegehren für gute Schulen“ verfolgen sie drei Ziele: die Rückkehr zur Regelschulzeit von 13 Jahren bis zum Abitur an Gesamtschulen und Gymnasien, die Erleichterung der Neugründung von Gesamtschulen und den Erhalt der pädagogisch gut ausgestatteten Vollen Halbtagschulen. Damit das Vorhaben gelingt, sind alle Eltern, Großeltern und Pädagogen im Land in der Verantwortung: Informieren Sie sich über das Volksbegehren, besorgen Sie sich Unterschriftenbögen – z.B. unter [www.volksbegehren-schulen.de](http://www.volksbegehren-schulen.de) – und werden Sie im Verwandten- und Bekanntenkreis aktiv.

**NIEDERSACHSEN BRAUCHT JEDE STIMME – FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER KINDER!**

# KOMMUNALWAHL 2011

In genau einem Jahr, also im September 2011, sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Bereits jetzt wird in Kreis- und Ortsverbänden mit der Planung der Wahlkampfaktivitäten begonnen. Im Folgenden präsentieren wir euch einige FrühstarterInnen und berichten über ihre Ideen und Aktivitäten. Eine Fortsetzung folgt in den kommenden Ausgaben der GRÜNE ZEITEN.

## POLITIK SUCHT FRAUEN Birgit Heidergott, KV Oldenburg Stadtverband, Vorstandsmitglied

■ Nur jedes vierte Mitglied in Niedersachsens Kreisräten ist weiblich. Dem möchte das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration entgegenwirken und hat auch in diesem Jahr wieder ein einjähriges kommunalpolitisches Mentoring-Programm für Nachwuchs-Kommunalpolitikerinnen aufgelegt. Birgit Heidergott aus dem Stadtverband Oldenburg ist seit April dieses Jahres eine von vier Mentees, die die Ratsfraktion der Grünen in Oldenburg betreut.

**Welche Erwartungen hast du an dieses Programm?**

Ich möchte einen tieferen Einblick

in die Kommunalpolitik bekommen. Ich möchte wissen, was auf den einzelnen Sitzungen diskutiert und beschlossen wird und warum. Letztlich ist dieses Programm für mich eine Entscheidungshilfe, ob ich mich nächstes Jahr zur Kommunalwahl als Kandidatin aufstellen lasse oder nicht.

**Wie sind deine bisherigen Erfahrungen?**

Ich finde dieses Angebot einfach toll. Als Mentee musst du viel Engagement und vor allem Zeit mitbringen, 5 Stunden in der Woche mindestens. Ich bin letztes Jahr in die Partei eingetreten und möchte etwas für die BürgerInnen im Rah-

men Grüner Ziele tun. Hier bekomme ich das Handwerkszeug um eben dieses zu tun. Sollte ich mich nächstes

Jahr aufstellen lassen, wäre ich gleich

„einsatzbereit“.

Das liegt natürlich auch an meiner Mentorin Rita



Schilling, der ich dankbar bin, dass sie mir ihre Zeit aber auch ihr Wissen zur Verfügung stellt.

**GRÜNE ESSENTIALS FÜR EINE RENAISSANCE DER „POLITIK VOR ORT“**

**STADT, LAND, GRÜN - KOMMUNALPOLITISCHER KONGRESS 2010**

**SAMSTAG, 30. OKTOBER 2010, 10:30 BIS 17:30 UHR**

Kreishaus des Landkreises Hildesheim, Infos unter [www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de), Anmeldung unter [landesverband@gruene-niedersachsen.de](mailto:landesverband@gruene-niedersachsen.de)

**QUO VADIS COMMUNIS?**

# WERKSTATT 11-16

Ronald Schütz und Christian Günther, Geschäftsführer RV Hannover

■ Unter dem Titel "Werkstatt 11-16" hat der Regionsverband Hannover im Juni eine ganztägige Zukunftswerkstatt zur Kommunalwahl 2011 veranstaltet. Es ging darum, Ideen für die Kommunalwahlprogramme der Region und ihrer Kommunen zu sammeln und regionsweite gültige Leitlinien Grüner Politik zu entwickeln. Die inhaltliche Vorbereitung haben Fach-AGen in Stadt und Umland unter der Fragestellung "Was haben wir erreicht, wo sind die Baustellen, wie sieht die Zukunft aus?" übernommen.

Zunächst ließen sich die über 100 Mitglieder und SympathisantInnen einen Input von Britta Haßelmann, kommunalpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, und dem Grünen Bürgermeister von Neustadt am Rübenberge, Uwe Sternbeck, zu dem Thema "Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten in Zeiten

knapper Kassen" geben. Am Nachmittag wurde in verschiedenen thematischen Workshops diskutiert. Dabei trafen sich ExpertInnen von Bundes-, Landes-, Regions- und kommunaler Ebene mit kommunalpolitisch Interessierten. Die Werkstatt 11-16 erbrachte eine erste Sammlung von Ideen und Leitbildern. Als gemeinsame Zielsetzungen für die Kommunalwahl haben wir unter anderem die inklusive Bildung, die Entwicklung einer innovativen Mobilität und den Erhalt und das Erlebbar machen von biologischer Vielfalt festgehalten. Eine weitere Idee der TeilnehmerInnen war ein Aktionsprogramm gegen Armut. Nach dem Vorbild des Hannover Aktiv Pass könnten auch andere Kommunen in der Region diesem Beispiel folgen. Die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in Entscheidungsprozesse soll verstärkt werden. Vielfalt sollten wir als Chance begreifen.



Für den Ausbau und Erhalt von Arbeitsplätzen soll die regionale Wertschöpfung gestärkt und damit gleichzeitig Potenziale in den Bereichen Ökologie und Klimaschutz ausgebaut werden.

Die in der Werkstatt 11-16 erarbeiteten Ideen und Leitlinien werden nun aufbereitet und weiter diskutiert, damit sie als Bausteine für die Wahlprogramme aller 21 Städte und Gemeinden in der Region Hannover dienen können. Warum 21 mal das Rad neu erfinden?

## GRÜNE VISIONEN FÜR DIE STADT OSNABRÜCK

IM GESPRÄCH MIT ANNE KURA UND SEBASTIAN BRACKE, VorstandssprecherInnen

■ Der Stadtverband Osnabrück hat im Frühjahr dieses Jahres das Projekt „Grüne Visionen für die Stadt Osnabrück“ gestartet. Was sich genau dahinter verbirgt, erfährt ihr im folgenden Interview:

**Was wollt ihr mit eurem Projekt erreichen?**

**Anne:** Wir wollen bis Ende 2010 losgelöst von Wahlkämpfen unsere Idealvorstellung von Osnabrück als „Grüne Stadt“ entwickeln. Gemeinsam wollen wir eigene Positionen und Ziele entwickeln und nicht nur Strategien

um „Schlimmeres zu verhindern“. **Sebastian:** Wir möchten Mitglieder unseres KV animieren, aktiv Politik mitzugestalten und sich darauf zu besinnen, warum sie Mitglied geworden sind. Außerdem wollen wir Netzwerke mit anderen Initiativen aufbauen und nutzen.

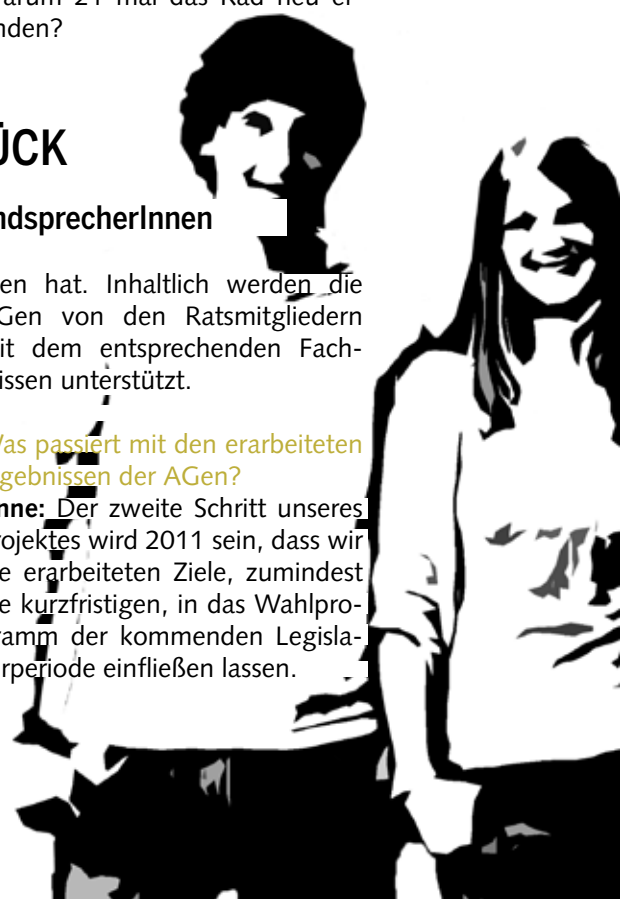
**Wie sieht eure Arbeitsweise aus?**

**Sebastian:** Wir haben Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen eingerichtet, wobei die Koordination der Arbeitstreffen der Stadtverband übernom-

men hat. Inhaltlich werden die AGen von den Ratsmitgliedern mit dem entsprechenden Fachwissen unterstützt.

**Was passiert mit den erarbeiteten Ergebnissen der AGen?**

**Anne:** Der zweite Schritt unseres Projektes wird 2011 sein, dass wir die erarbeiteten Ziele, zumindest die kurzfristigen, in das Wahlprogramm der kommenden Legislaturperiode einfließen lassen.





Sven-Christian Kindler MdB,  
Mitglied im Haushaltsausschuss

# KURS ÄNDERN: DER GRÜNE SANIERUNGSPLAN

Generationsgerecht in die Zukunft investieren ✓

Gerecht sparen statt kaputt kürzen ✓

Das Grüne Steuersystem: Einfach, höher, gerecht ✓

Alte Strukturen aufbrechen ✓

■ CDU/CSU und FDP verordnen Deutschland einen mutlosen und unsozialen „Sparkurs“. Gekürzt wird insbesondere bei den Sozialsystemen. Das trifft vor allem arme Menschen und führt langfristig zu massiven Beitragssatzsteigerungen. Die Krankenkassenbeiträge waren der Anfang. Arbeitslosen-, Pflege- und Rentenversicherung werden nachziehen. Gleichzeitig bleiben Zukunftsinvestitionen auf Grund des blinden Kürzungskurses aus. Dabei müssen wir heute massiv in Bildung, Klimaschutz und öffentliche Infrastruktur investieren, ansonsten müssen wir das Ruder in Zukunft umso heftiger herumreißen. Nicht nur weniger Schulden sind generationengerecht – auch Bildung, eine intakte Umwelt und eine soziale Gesellschaft sind Teil einer sonnigen Zukunft für die junge und zukünftige Generationen. Die Alternative zum schwarz-gelben Sozialabbau? Eine ökonomisch sinnvolle und solidarische Lösung: Wir müssen gleichzeitig investieren, sparen, mehr einnehmen und umstrukturieren. Es ist Zeit für einen Grünen Sanierungsplan.

**GERECHT SPAREN STATT KAPUTT KÜRZEN** Es muss dort gekürzt werden, wo die Ausgaben nicht effizient, zielgenau und damit auch nicht gerecht sind. Der Staat darf kein Verhalten mehr subventionieren, das ökologisch mindestens bedenklich ist oder/und einseitig Besserverdienende bevorzugt. Die Liste ist lang: vom Dienstwagensteuerprivileg über die Förderung der privaten Altersvorsorge bis zur Pendlerpauschale muss vieles auf den Prüfstand. Das verlangt allen Parteien, allen gesellschaftlichen Gruppen viel ab. Auch Leistungen, die von den Grünen eingeführt wurden, müssen kritisch analysiert werden.

**DAS GRÜNE STEUERSYSTEM: EINFACH, HÖHER, GERECHT**  
Das deutsche Steuersystem ist

kompliziert, führt zu niedrigen Einnahmen und ist ungerecht. Es ist schon abstrus, dass Deutschland immer als Hochsteuerland dargestellt wird, in Wirklichkeit aber Vermögen und Umweltverbrauch im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittlich besteuert werden. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer müssen deshalb mindestens verdoppelt werden und Kapitaleinkommen wieder wie Arbeitseinkommen besteuert werden. Durch die Einführung einer Vermögensabgabe sollen die Wohlhabenden einen sehr großen Teil der Krisenkosten tragen. Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes wird derzeit vielfach gefordert, aber auch eine Erhöhung des gesamten Einkommensteuertarifs muss diskutiert werden. Und neben dem Abbau der Ausnahmen bei der Ökosteuer ist es auch dringend geboten, die allgemeinen Sätze bei den Energiesteuern anzuheben.

**ALTE STRUKTUREN AUFBRECHEN** Strukturen sind – einmal geschaffen und etabliert – nur noch schwer zu verändern. Trotzdem oder gerade deshalb müssen Strukturen im Rahmen aufgebrochen werden. Wir brauchen ein aktives Controlling des Staates: Zweck und Höhe der Ausgaben sowie die Zielerreichung der Maßnahmen müssen laufend evaluiert werden. Verkrustete Strukturen, ob bei Bundeswehr, im Gesundheitssystem oder der Rentenversicherung, müssen wir mutig angehen, um die Effizienzreserven endlich zu heben.

**WENDEPUNKT! LOS, STEUERN WIR UM!** Nutzen wir die Krise, sanieren wir unsere Gesellschaft. Nehmen wir das Ruder in die Hand und schlagen einen neuen Kurs ein. Denn es soll gerecht zugehen!

Diskutiert mit:  
[www.gruener-sanierungsplan.de](http://www.gruener-sanierungsplan.de)





Wilfried Böhling

## STROMWECHSELPARTY IN STADE

### GRÜNE INFORMIEREN ÜBER DEN WECHSEL ZU ÖKOSTROM

„Sagen Sie Atom- und Kohlestrom ‚Gute Nacht‘ und wechseln Sie zu Ökostrom!“ Unter diesem Motto warben die Grünen des Kreisverbandes Stade im Juli während der „Langen Nacht in Stade“ für den privaten Wechsel zu einem Ökostromanbieter. Wir luden gegen 21 Uhr zu einer „Stromwechselfarty“ vor den Türen unserer Geschäftsstelle ein. In sommerlicher Atmosphäre und bei 30 Grad Abendtemperatur informierten

wir dazu, wie leicht und einfach der Wechsel zu Ökostrom ist. Bei Rotweinausschank und Knabberien hielt es den einen oder die andere etwas länger am Grünen Informationstisch fest, und die Gespräche schweiften gelegentlich auch ab. „Wir wollten bei der ‚Langen Nacht in Stade‘ ein politisches Zeichen gegen den Klimakiller Nr. 1 Kohlekraft und gegen die Risikotechnologie Atomkraft setzen. Damit haben wir einen

Anstoß zum privaten Stromwechsel geben“, erläuterte Dr. Jan Boris Ingerowski (Sprecher der Kreis-Grünen) den Anlass. „Die wichtigste Unterschrift gegen die umweltfeindliche Energiepolitik der großen Stromkonzerne ist die unter dem Vertrag eines Ökostromanbieters“, so Jan Boris weiter. „Das Interesse war groß, aber kein Vertragsabschluß unter Rotweingenuss“, betonte er augenzwinkernd.

Wilfried Böhling,  
KV Stade, Kreis-  
kassierer



KV STADE



## SÜDSPANGE – NEIN DANKE!

### GROSSER ABSTIMMUNGSERFOLG BEI BÜRGERINNENBEFRAGUNG IN GÖTTINGEN Margit Göbel

Vom 25.5. bis 14.6. wurde in Göttingen auf Initiative von SPD und Grünen eine BürgerInnenbefragung über den Bau einer seit Jahrzehnten umstrittenen Straße durchgeführt, der Südspange. Die BefürworterInnen argumentierten mit einer vermeintlichen Verkehrsentslastung innerhalb der Stadt Göttingens. Fakt ist aber, dass der Verkehr nicht vermindert, sondern nur zu Lasten anderer AnwohnerInnen verlagert worden wäre. Abgesehen davon, wäre durch den Bau ein von der Leineau geprägtes Landschafts- und Naherholungsgebiet südlich von Göttingen zerschnitten und zerstört worden – ein Gebiet, das von vielen Göttinger-

Innen zum Spazieren gehen, Joggen, Radfahren, Drachensteigen etc. genutzt wird.

Mit der von uns und der BI sehr engagiert geführten Kampagne haben wir unser „NEIN“ zu der Straße unmissverständlich deutlich und das Straßenprojekt zu einem viel diskutierten Thema gemacht. Die GöttingerInnen haben sich schließlich mit einer Mehrheit von 60,7% gegen den Bau der Südspange ausgesprochen – bei einer bundesweit einmalig hohen Beteiligung von 40%. SPD und Grüne hatten mit dem Ratsbeschluss über die Befragung verkündet, sich bei einer Beteiligung von mehr als 20% an das Votum zu halten. Selbst der

Befürworter Oberbürgermeister Meyer (SPD) hat noch am Abend der Auszählung die Planungen für endgültig beendet erklärt.

Allen, die mit uns gegen die Straße gekämpft und gestimmt haben, möchten wir herzlich danken! Ihnen und ebenso den BefürworterInnen der Spange versprechen wir, uns auch weiterhin für eine Verminderung des Verkehrs auf Göttingens Straßen einzusetzen, allerdings nicht durch den Bau neuer Straßen, sondern durch die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel wie Fuß, Rad und Bus.

Weitere Infos zu Kampagne, Argumenten und Ergebnis unter: [www.gruene-goettingen.de](http://www.gruene-goettingen.de)

Margit Göbel,  
Stadtverband  
Göttingen,  
Stadtvorstand

KV GÖTTINGEN



# Finanzierung von Zukunftsaufgaben erfordert einen handlungsfähigen Staat

An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen: Jedenfalls bei der Frage, wie Niedersachsen 2011 seinen Fehlbetrag von rund 3,9 Mrd. Euro decken will. 1,95 Mrd. Euro neue Schulden sind dafür schon fest eingeplant und werden von der Landesregierung auch noch als Erfolg verkauft. Da redet der neue Ministerpräsident McAllister viel von solider Haushaltspolitik und davon, ab 2017 keine neuen Schulden mehr machen zu wollen. Und was tut er? Er verprasst in seinem Haushaltsentwurf für 2011 mal eben eine knappe Milliarde des niedersächsischen Vermögens. Dass er noch nicht einmal weiß, welches Tafelsilber er verkaufen will, um 300 Mio. Euro zu Erlösen, setzt dem Fass die Krone auf. Er denkt offensichtlich nur daran, wie er bis zur nächsten Landtagswahl 2013 ohne strukturelle Entscheidungen über die Run-

den kommen kann. Gespart wird vor allem bei neuen Ideen und beim Mut zum Handeln!

**FINANZIERUNG  
VON ZUKUNFTSAUFGABEN  
ERFORDERT EINEN  
HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT**

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN



Seine aktiven Einsparungen in Höhe von 345 Mio. Euro beschränken sich auf eine 2-%ige Kürzung mit dem Rasenmäher über alle Ministerien. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass diese Kürzungen in den Ressorts bestimmt an genau den falschen Stellen stattfinden werden.

Wir haben unsere Eckpunkte für den Haushalt 2011 schon jetzt vorgelegt. Da wird auch gespart. Aber die Bewältigung der Zukunftsaufgaben bei gleichzeitig weniger Schulden geht nur mit Einnahmeerhöhung und d.h. Steuererhöhungen für einkommensstarke Haushalte und Unternehmen.

Mehr Infos unter „Service/Publikationen“:  
[www.fraktion.gruene-niedersachsen.de](http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de)

*Hans-Jürgen Klein,  
haushaltspolitischer Sprecher*



## Kommunal Finanzen solide reformieren!

Schlaglöcher in den Straßen, Schulen, in die es hineinregnet, steigende Gebühren und andere kommunale Notmaßnahmen machen unverkennbar: Vielen Kommunen

geht es schlecht. Das hält Innenminister Schünemann jedoch nicht davon ab, die Abschaffung der Gewerbesteuer – und damit der wichtigsten kommunalen Steuereinnahme – voranzutreiben. Statt die Gewerbesteuer abzuschaffen und damit die Unternehmen vollständig aus der Finanzierung der Kommunen zu entlassen, wollen wir sie durch Einbeziehung der Freiberufler zur kommunalen Wirtschaftssteuer ausbauen. Dass heute der Kioskbesitzer Gewerbesteuer zahlt, die Inhaberin einer gut gehenden Anwaltskanzlei aber nicht, ist absolut ungerecht.

In unserem Landtagsantrag zur Reform der Kommunal Finanzen haben wir außerdem vorgeschlagen, die kommunale Grundsteuer endlich zu reformieren, sie

gerechter und ökologischer zu gestalten und dabei gleichzeitig Bürokratie zu sparen und Kosten zu senken. Der jüngste Vorschlag aus gelb-schwarzer Feder, die Steuer nur noch nach Fläche zu erheben, ist nicht anderes, als eine unverschämte Umverteilung von unten nach oben. Unsere Vorschläge zur gerechteren Einkommensbesteuerung, wie die Anhebung des Spitzensteuersatzes oder das Abschmelzen des Ehegattensplittings, werden anteilig auch den Kommunen zugute kommen. Der sogenannte Zukunftsvertrag der Landesregierung ist dagegen untauglich und verdient diesen Namen nicht. Mehr Infos unter „Landtag aktuell“:  
[www.fraktion.gruene-niedersachsen.de](http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de)

*Hans-Jürgen Klein,  
finanzpolitischer Sprecher*

Anzeige

### Das steht zur Debatte

Nachrichten & Meinungen aus der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Landtag Niedersachsen

September 2010

„Das steht zur Debatte“  
herausgegeben von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Landtag Niedersachsen – Redaktion  
V.i.S.d.P.: Jonny Peter (jp)

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511 / 30 30-42 07  
[gruene@lt.niedersachsen.de](mailto:gruene@lt.niedersachsen.de)  
[www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)

**TERMINE DER GRÜNEN LANDTAGSFRAKTION:** Mittwoch, 22.9.2010 von 15.30 bis 19 Uhr im Laveshaus, Friedrichswall 5, 30159 Hannover: **Denkanstöße!** Zukunft der Denkmalpflege in Niedersachsen (Mehr Infos: <http://bit.ly/a90EvG>)



## Suizid in Abschiebungshaft



Im Fall des Suizids von Slawik C. in der Abschiebungshaft in der JVA Langenhagen erhoffen wir uns durch Akteneinsicht und Sondersitzungen Aufschluss über die zweifelhaften Umstände. Die CDU betrachtet den Fall dagegen als erledigt. Das Bundesverfassungsgericht rügte die niedersächsische Anordnungspraxis bei der Abschiebungshaft allerdings bisher schon neunmal. Wir sind gegen Abschiebungshaft! Alternativen müssen geprüft werden! Solange sie

noch angeordnet wird, müssen die Haftbedingungen an menschenrechtliche Standards angepasst, Abschiebungs- und Strafgefangene räumlich getrennt werden. Die Betroffenen sollen kostenlose Rechtsberatung erhalten und der Abschiebungstermin muss ihnen schriftlich mitgeteilt werden.

*Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin*

## Leukämie in der Elbmarsch: Neue Bodenproben unter notarieller Aufsicht gefordert!



Was ist die Ursache für das weltweit auffälligste Leukämie-Cluster? Von allen akzeptierten Erklärungen gibt es bislang nicht. Im Raum steht der Verdacht, dass es am 12. September 1986 zu einer Freisetzung von Radioaktivität auf dem Gelände des Forschungszentrums GKSS in Geesthacht kam. Hinweise darauf könnten radioaktive Kügelchen geben, die der Strahlenexperte Prof. Mironov aus Minsk gefunden hat. Ein

Expertenstreit um die Existenz dieser radioaktiven Kügelchen entbrannte. Mit einem neuen Antrag wollen wir diesen Streit beenden. Nach einem abgestimmten Probenentnahme- und Untersuchungsdesign sollen unter notarieller Aufsicht neue Bodenproben genommen und untersucht werden.

*Miriam Staudte, grüne MdL aus Lüneburg*

## Lobbyistin der Massentierhaltung in der Landesregierung

Wegen Vorwürfen der Tierquälerei steht die CDU-Agrarministerin Grotelüschen unter massivem Druck. Grotelüschen führte bis zur Amtsübernahme die zweitgrößte Putenbrüterei Deutschlands, war an Schlachthöfen beteiligt und hat in einer Erzeugergemeinschaft eng mit Mastbetrieben zusammengearbeitet, in denen klare Verstöße gegen Tierschutzbestimmungen von der ARD gezeigt wurden. Ihre Behauptung, sie habe mit den Mästern – persönlich oder als Betrieb – nichts zu tun, stellte sich inzwischen als Unwahrheit und bewusste Täuschung der Öffentlichkeit heraus. So wurden von ihrem offiziellen Fax Mästern vorformulierte Erklärungen zugeschickt, sie unterhält ihr CDU-Büro in der Putenbrüterei und der Betrieb ist mit 30% an den grausamen Zuständen in der Massentierhaltung beteiligt.

GRÜNE und SPD haben die Ministerin daher zum Ruhen ihres Amtes aufgefordert, bis die Vorwürfe rückhaltlos geklärt sind. Es ist unerträglich, dass eine Lobbyistin der Massentierhaltung von Tierquälereien profitiert und gleichzeitig in Niedersachsen für den Tierschutz zuständig ist.

*Christian Meyer, agrarpolitischer Sprecher*



## Bienensterben stoppen – Imkern helfen!

Die Honigbiene ist mit ihrer Bestäubungsleistung für Natur und Landwirtschaft unersetzbar. Trotzdem wird sie von Pestiziden, Naturverlust und Gentechnik stark bedroht. Die CDU-Fraktion will verbotene Bienengifte in der Landwirtschaft wieder erlauben und die Gentechnik salonfähig machen. Das würde das massive Bienensterben forcieren und die Imkerei bedrohen. Daher fordern wir, dass bei auftretenden Verunreinigungen mit gentechnisch veränderten Pollen diejenigen haftbar gemacht werden können, die Verursacher der gentechnischen Kontamination sind.

Mit einem Antrag wollen wir das Verbot aller bienengiftigen Pestizide und mehr natürliche Vielfalt im Land durchsetzen. Statt Monokulturen und Kurzrasen brauchen wir mehr bienenfreundliche Blühflächen.

*Christian Meyer, agrarpolitischer Sprecher*

## Podcasts aus der Landtagsfraktion

Mittlerweile gibt es schon den vierten Podcast aus und über die Landtagsfraktion: „Demokratie, Streitkultur, Twitter und Co“, „Alltag auf dem Fraktionsflur“, „Asphalt, Gülle und Atom – warum CDU und FDP Niedersachsen nicht gut tun“ und „Neue Schule für Niedersachsen: chancengerecht, eigenverantwortlich, demokratisch“ (Mehr Infos unter: [www.fraktion.gruene-niedersachsen.de](http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de))

# ATOMKRAFT ABSCHALTEN GORLEBEN STOPPEN!

18.9.2010  
ANTI-ATOM-DEMO  
IN BERLIN

NOVEMBER  
CASTOR-ALARM IM  
WENDLAND

Weitere Informationen unter [www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)

## WENDE IN DER ATOMPOLITIK

SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

### ENERGIEPOLITISCHER KONGRESS

17. September 2010  
10.00 bis 18.00 Uhr  
im Hannover Congress Centrum  
Anmeldung und Kontakt: [wende-atompolitik@fes.de](mailto:wende-atompolitik@fes.de)

Eine gemeinsame Veranstaltung von:

Hans Böckler  
Stiftung

Otto  
Brenner  
Stiftung

FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG

HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG

STIFTUNG LEBEN & UMWELT  
HEINRICH BÖLL STIFTUNG NIEDERSACHSEN

GREENPEACE

BUND  
FREUNDE DER ERDE

## IMPRESSUM

**Grüne Zeiten** Zeitung von BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN in Niedersachsen **Erschei-  
nungsweise** 3 x jährlich als Landesbei-  
lage des SCHRÄGSTRICH **Herausgabe  
und Verlag** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Landesverband Niedersachsen, Odeonstr.  
4, 30159 Hannover, Tel 0511/12 60 85 -  
0, Fax 0511/12 60 85 - 85, [gz@gruene-  
niedersachsen.de](mailto:gz@gruene-<br/>niedersachsen.de) **Redaktion** Katja Sauer

(V.i.S.d.P.) Namentlich gekennzeichnete  
Artikel geben nicht unbedingt die Mei-  
nung der Redaktion wieder. **Fotos** Archiv/  
privat; GJN, Grüne Landtagsfraktion,  
Istockphoto **Satz und Layout** p:zwe, Pia  
Danner und dacorpo design, Sabine Pan-  
se **Druck und Vertrieb** in Kooperation mit  
SCHRÄGSTRICH und Oktoberdruck, Ber-  
lin **Auflage** 4.800